



Öffentliche Niederschrift

über die	Sitzung des Hauptausschusses
Sitzungstermin:	19.03.2026
Sitzungsbeginn:	19:03 Uhr
Sitzungsende:	20:32 Uhr
Ort, Raum:	im Versammlungsraum des Rathauses Satow, Heller Weg 2A, 18239 Satow

gesetzliche Mitgliederanzahl: 9

anwesende Mitgliederanzahl: 9

Anwesend

Vorsitzende

Frau Bettina de Oliveira-Arndt

Mitglieder

Herr Niels Burmeister

Vertretung für Herrn Mathias Bartsch

Herr Stefan Holtzhaußen

Herr Erhardt Liehr

Herr Hannes Russnak

Frau Christin Schwarz

Vertretung für Herrn Kai Jens Boehm

Frau Birgit Schwebs

Herr Gerhard Wittenburg

Herr André Zeimert

Vertretung für Frau Annett Brandt

von der Verwaltung

Herr Marcus Räth

Herr Marco Schultz

Frau Janine Weber

Abwesend

Mitglieder

Herr Mathias Bartsch

entschuldigt

Frau Annett Brandt

entschuldigt

Herr Kai Jens Boehm

entschuldigt

Gäste

20 Bürgerinnen und Bürger

Herr Petereit

Frau Bark

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

TOP	Bezeichnung	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Einladungen, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit	
2	Änderungsanträge zur Tagesordnung	
3	Billigung der Sitzungsniederschrift des öffentlichen Teils der vorangegangenen Sitzung des Hauptausschusses (20.11.2025 und 22.01.2026)	
4	Information zu Bauanträgen	
5	Einwohnerfragestunde	
6	Antrag Freie Wählergruppe Satow - Beschlussfassung über die Anpassung/Änderung der Geschäftsordnung der Gemeinde Satow	BV/0320/2026
7	Antrag auf Nutzung der Mehrzweckhalle	BV/0319/2026
8	Antrag auf ermäßigte Jahrespauschale für das Gemeindehaus Hanstorf	TV/0050/2026
9	Beratung und Beschlussfassung über die Annahme von Spenden (100,00 € bis 1000,00 €)	BV/0322/2026
10	Beratung und Beschlussfassung zur Vergabe einer Bauleistung "Ersatzneubau Kindertagesstätte Radegast Los 10-Trockenbau"	SGL/0071/2025
11	Beratung und Beschlussfassung über die Ersatzbeschaffung eines Mehrzweckgeräteträgers	SGL/0077/2026
12	Beratung und Beschlussfassung über die Neubeschaffung eines zweiten Geräteträgers für den Bauhof	SGL/0078/2026
13	Antrag CDU-Fraktion der Gemeinde Satow - Übertragung der gemeindeeigenen Kindertagesstätten an freie Träger.	SGL/0076/2026
14	Anpassung der Entgeltordnung für die Nutzung der Spliterräume der Gemeinde Satow	SGL/0080/2026
15	Anpassung Entgeltordnung Sporthalle Hohen Luckow	SGL/0081/2026

- 16 Verschiedenes
- 17 Schließen der Sitzung des öffentlichen Teils

Nichtöffentlicher Teil:

TOP	Bezeichnung	Vorlage
18	Nicht öffentliche Beratung	
19	Billigung der Sitzungsniederschrift des nichtöffentlichen Teils der vorangegangenen Sitzung des Hauptausschusses (20.11.2025 und 22.01.2026)	
20	Flurneuordnung Bölkow-Matersen hier: Planvereinbarungen und Landverzichtserklärungen	SGL/0079/2026
21	Beratung und Beschlussfassung zur Einstellung einer/eines Leitung Finanzverwaltung (m/w/d)	TV/0051/2026
22	Verschiedenes	

Öffentlicher Teil:

TOP	Bezeichnung	Vorlage
23	Schließen der Sitzung	

Öffentlicher Teil

TOP 1	Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Einladungen, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit	
--------------	---	--

Frau Bettina de Oliveira-Arndt eröffnet die Sitzung des Hauptausschusses und begrüßt die anwesenden Mitglieder, Mitarbeiter der Verwaltung und Gäste. Sie stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgte und mit 9 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig ist.

TOP 2	Änderungsanträge zur Tagesordnung	
--------------	--	--

Herr Holtzhaußen stellt den Antrag den Tagesordnungspunkt 13 „Antrag CDU-Fraktion der Gemeinde Satow – Übertragung der gemeindeeigenen Kindertagesstätten an frei Träger“ nach dem Tagesordnungspunkt 5 zu behandeln.

Beschluss-Nr. 23-2/2026

Der Hauptausschuss beschließt, den Tagesordnungspunkt 13 „Antrag CDU-Fraktion der Gemeinde Satow – Übertragung der gemeindeeigenen Kindertagesstätten an frei Träger“ nach dem Tagesordnungspunkt 5 zu behandeln.

einstimmig beschlossen

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

Frau Arndt stellt den Antrag, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung zu streichen:

- TOP 8 „Antrag auf ermäßigte Jahrespauschale für das Gemeindehaus Hanstorf“
- TOP 10 „Beratung und Beschlussfassung zur Vergabe einer Bauleistung „Ersatzneubau Kindertagesstätte Radegast Los 10- Trockenbau“
- TOP 14 „Anpassung der Entgeltordnung für die Nutzung der Spliterräume der Gemeinde Satow“
- TOP 16 „Anpassung Entgeltordnung Sporthalle Hohen Luckow“

Beschluss-Nr. 24-2/2026

Der Hauptausschuss beschließt, den Tagesordnungspunkt 8 „Antrag auf ermäßigte Jahrespauschale für das Gemeindehaus Hanstorf“ von der Tagesordnung zu streichen.

einstimmig beschlossen

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

Beschluss-Nr. 25-2/2026

Der Hauptausschuss beschließt, den Tagesordnungspunkt 10 „Beratung und Beschlussfassung zur Vergabe einer Bauleistung „Ersatzneubau Kindertagesstätte Radegast Los 10- Trockenbau“ von der Tagesordnung zu streichen.

einstimmig beschlossen

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

Beschluss-Nr. 26-2/2026

Der Hauptausschuss beschließt, den Tagesordnungspunkt 14 „Anpassung der Entgeltordnung für die Nutzung der Spliterräume der Gemeinde Satow“ von der Tagesordnung zu streichen.

mehrheitlich beschlossen

Ja 8 Nein 1 Enthaltung 0

Beschluss-Nr. 27-2/2026

Der Hauptausschuss beschließt, den Tagesordnungspunkt 16 „Anpassung Entgeltordnung Sporthalle Hohen Luckow“ von der Tagesordnung zu streichen.

mehrheitlich beschlossen

Ja 8 Nein 1 Enthaltung 0

Beschluss-Nr. 28-2/2026

Abstimmung über die geänderte Tagesordnung

mehrheitlich beschlossen

Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1

TOP 3

Billigung der Sitzungsniederschrift des öffentlichen Teils der vorangegangenen Sitzung des Hauptausschusses (20.11.2025 und 22.01.2026)

Beschluss-Nr. 29-2/2026

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der vorangegangenen Sitzung vom 20.11.2025 liegt dem Hauptausschuss zur Genehmigung vor.

mehrheitlich beschlossen

Ja 6 Nein 0 Enthaltung 3

Beschluss-Nr. 30-2/2026

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der vorangegangenen Sitzung vom 22.01.2026 liegt dem Hauptausschuss zur Genehmigung vor.

mehrheitlich beschlossen

Ja 7 Nein 0 Enthaltung 2

TOP 4

Information zu Bauanträgen

Es liegen keine Bauanträge zur Information vor.

TOP 5

Einwohnerfragestunde

Frau Arndt gibt den Hinweis, dass zu den heutigen Tagesordnungspunkten keine Beiträge eingebracht werden können.

Ein Elternteil erkundigte sich, wie er sich Gehör zum Antrag der CDU verschaffen kann. Herr Burmeister wies darauf hin, dass er sich an einen Gemeindevertreter wenden kann. Die Erzieherinnen und Erzieher teilten mit, dass sie ebenfalls Fragen zu diesem Thema haben.

Für die Erzieherinnen und Erzieher, deren Arbeitgeber die Gemeinde ist, besteht die Möglichkeit, sich entweder an den direkten Vorgesetzten, an die Bürgermeisterin oder an den Personalrat zu wenden, um Anliegen vorzutragen oder zu besprechen.

Eine Erzieherin äußerte, dass die kurzfristige Bekanntgabe der Angelegenheit kaum Gelegenheit zur Stellungnahme lasse. Sie bedauerte, dass sowohl die Beschäftigten als auch die Eltern die Informationen nur über die Medien o.ä. erhalten hätten. Es sei unklar, wie die geplante Einsparsumme zustande gekommen sei, ob Entgeltverhandlungen geführt wurden und ob letzte Personalkostenerhöhungen berücksichtigt wurden. Die bevorstehende Tarifierhöhung sei vorhersehbar gewesen. Sie äußerte Unverständnis darüber, warum die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die finanziellen Konsequenzen tragen sollen, wenn dies nicht durch die Verwaltung erklärt oder verhandelt wurde.

Frau Arndt schlug vor, dass Anliegen und Fragen direkt mit ihr besprochen werden können; sie werde diese in den Gremien vertreten. Sie ergänzte, dass Anliegen auch bei Herrn Räth als Sachgebietsleiter vorgebracht werden können. Herr Räth könne bei Bedarf auch in die Kindertagesstätten kommen. Außerdem bestehe die Möglichkeit, eine Versammlung in den Kindertagesstätten einzuberufen.

Die Erzieherin betonte noch einmal, dass nur sehr wenig Zeit zur Stellungnahme zur Verfügung gestanden habe, da der Antrag erst zwei Wochen zuvor bekannt wurde.

Herr Wittenburg wies darauf hin, dass der Antrag fristgerecht eingereicht wurde und die Problematik bereits seit einem halben Jahr bekannt sei.

TOP 13 wird nach Abstimmung im Nachgang zu TOP 5 behandelt

TOP 13	Antrag CDU-Fraktion der Gemeinde Satow - Übertragung der gemeindeeigenen Kindertagesstätten an freie Träger. Vorlage: SGL/0076/2026	SGL/0076/2026
-------------------	--	----------------------

Bezugnehmend auf den Beschluss der Gemeindevertretung Satow vom 27.11.2025 (BV/0304/2025), mit dem der Grundsatzbeschluss zur Gründung eines Eigenbetriebes zur Neustrukturierung der Kindertagesstätten (BV/0239/2022) aufgehoben wurde, stellt die CDU-Fraktion der Gemeinde Satow den Antrag, die gemeindeeigenen Kindertagesstätten in die Trägerschaft freier Träger zu überführen.

Im Antrag wird auf die externe Wirtschaftlichkeitsuntersuchung des IPM (Institut für Public Management) verwiesen. Diese kommt zu dem Ergebnis, dass die Fortführung im Regiebetrieb (Status quo) wirtschaftlich ähnlich ungünstig zu bewerten ist wie der Betrieb in Form eines Eigenbetriebes. Seitens der Gutachter wurde empfohlen, die gemeindeeigenen Kindertagesstätten in die Trägerschaft freier Träger zu überführen.

Im Haushaltssicherungskonzept hat sich die Gemeinde zur „Optimierung der Kitaträgerschaft zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Aufgabenwahrnehmung“ bekannt. Neben der erforderlichen Stabilisierung des Gemeindehaushaltes ist es Ziel, die Verwaltung auf ihre originären Kernaufgaben zu konzentrieren. Derzeit ist ein erheblicher personeller und organisatorischer Aufwand für die unmittelbare Trägerschaft der Kindertagesstätten erforderlich.

Weiter wird im Antrag ausgeführt, dass laut Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der Firma IPM jährliche Einsparungen in Höhe von ca. 700.000 € prognostiziert werden. Bis zum Jahr 2040 ergibt sich daraus eine Gesamteinsparung von etwa 10,5 Mio. €.

Im Haushaltssicherungskonzept sind jährliche Einsparungen in Höhe von 350.000 € veranschlagt.

Die Alternative eines Eigenbetriebes bzw. einer gemeinnützigen GmbH wurde durch die Gemeindevertretung mehrheitlich abgelehnt.

Herr Burmeister erklärte, dass die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durch die Firma IPM ergeben habe, dass Gemeinden in der Regel nicht in der Lage seien, Entgeltverhandlungen so zu führen, dass sie als Träger ihre Kindertagesstätten vollständig finanzieren können. Ein großer Kostenfaktor seien die gemeindeeigenen Kindertagesstätten.

Herr Burmeister wies darauf hin, dass es nicht zur Kernaufgabe einer Gemeinde gehört, gemeindeeigene Kindertagesstätten vorzuhalten. Er erklärte, dass die Gemeinde angehalten sei, Haushaltseinsparungen vorzunehmen und sich auf ihre Kernkompetenzen zu beschränken; dazu gehöre der Betrieb gemeindeeigener Kindertagesstätten nicht.

Frau Schwebs äußerte eine abweichende Auffassung. Sie vertrat die Ansicht, dass das Vorhalten von Kindertagesstätten eine Form der Daseinsvorsorge darstellt und es einer Gemeinde gut zu Gesicht stehe, eigene Einrichtungen zu betreiben.

Sie verwies darauf, dass in der Vergangenheit Investitionen getätigt wurden, unter anderem durch einen Neubau in Satow sowie einen weiteren Neubau in Radegast.

Zudem führte sie aus, dass sie grundsätzlich nichts gegen freie Träger habe, da sie selbst bereits bei einem solchen tätig gewesen sei. Allerdings hätten sich die Rahmenbedingungen verändert. Insbesondere gebe es rückläufige Kinderzahlen, was sowohl Kommunale als auch freie Träger betreffe. Sie wies darauf hin, dass infolgedessen auch bei freien Trägern mit Schließungen von Kindertagesstätten zu rechnen sei.

Frau Schwebs sprach sich daher klar gegen eine Übertragung der Kindertagesstätten an freie Träger aus und plädierte dafür, diese in kommunaler Trägerschaft zu belassen.

Weiterhin äußerte sie Zweifel an der Aussagekraft der von der Firma IPM vorgelegten Zahlen. Ihrer Ansicht nach seien landesrechtliche Vorgaben, insbesondere Gesetze und Verordnungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern, nicht hinreichend berücksichtigt worden. Dies habe sich aus ihrer Sicht anhand von Beispielen zur Finanzierung gezeigt, weshalb sie die Berechnungen nicht überzeugten.

Bezugnehmend auf die Ausführungen von Herrn Russnak zur Arbeitsgruppe im Sozialausschuss regte sie an, dass sich Gemeindevertreter und Verwaltung – zunächst informell – zusammensetzen sollten, sofern eine Mehrheit für die Übertragung an einen freien Träger bestehe. Dabei sollten auch die Beschäftigten der Kindertagesstätten einbezogen werden, um Vorstellungen, Bedingungen und Forderungen zu erörtern. Zudem sei zu klären, ob alle Einrichtungen betroffen sein sollen und unter welchen Voraussetzungen eine mögliche Übertragung erfolgen könnte.

Abschließend bekräftigte Frau Schwebs erneut ihre ablehnende Haltung gegenüber einer Abgabe der Kindertagesstätten an freie Träger.

Herr Holtzhaußen führte aus, dass das konkrete Verfahren zur weiteren Vorgehensweise nicht vorgegeben sei und der Gemeinde überlassen bleibe. Er betonte, dass sich die Gemeindevertreter nun positionieren müssten, welche Lösung angestrebt werde. Bisher sei überwiegend dargestellt worden, welche Optionen nicht gewünscht seien, während die vorliegenden Zahlen unverändert weitergeführt würden.

Weiterhin verwies er darauf, dass der von ihm befürwortete Eigenbetrieb, der aus seiner Sicht zur Entlastung der Verwaltung sowie zur besseren Transparenz der finanziellen Situation beigetragen hätte, im November des vergangenen Jahres keine Mehrheit gefunden habe.

Er stellte fest, dass nach seiner Einschätzung nun die verbleibende Option die Übertragung an freie Träger sei.

Herr Russnak erklärte, dass er die Ausführungen von Frau Schwebs vollumfänglich unterstütze. Er verwies auf die Sitzung des Sozialausschusses, in der Herr Petereit ausgeführt habe, dass die von der Firma IPM dargestellten Zahlen in Höhe von 10,5 Mio. € zwar sehr hoch erscheinen, tatsächlich jedoch zunächst ein Betrag von rund 350.000 € im Fokus stehe. Zudem wies er darauf hin, dass zeitnah erneut Entgeltverhandlungen anstehen, durch die zusätzliche Einnahmen erzielt werden könnten, was die finanzielle Situation verändern würde.

Herr Räth ergänzte, dass es sich bereits um laufende Entgeltverhandlungen handele. Herr Russnak sprach sich dafür aus, einen Arbeitskreis zu bilden, jedoch nicht mit dem primären Ziel, über eine Übertragung an freie Träger zu beraten, sondern um die Ursachen des Defizits zu analysieren. Er regte an, dass sich die Verwaltung sowie zumindest die Leitungen der Kindertagesstätten zusammensetzen, um die Höhe des Defizits konkret zu ermitteln und mögliche alternative Lösungsansätze zu prüfen.

Abschließend erklärte er, dass er beabsichtige, den vorliegenden Antrag in der Gemeindevertretung abzulehnen.

Herr Wittenburg führte aus, dass im Haushalt der Gemeinde ein Defizit bestehe und grundsätzlich zwei Handlungsmöglichkeiten gegeben seien: entweder die Einnahmen zu erhöhen oder Einsparungen vorzunehmen. Solange die Gemeinde in der Lage sei, ihre Kredite und Tilgungsverpflichtungen zu bedienen, könne der Landkreis keine unmittelbaren Vorgaben machen.

Er wies darauf hin, dass bei einer ausbleibenden Umsetzung von Maßnahmen aus dem Haushaltssicherungskonzept der Landkreis Rostock entsprechende Vorgaben treffen werde. Weiterhin betonte er, dass derzeit die Möglichkeit bestehe, eine eigene Entscheidung zu treffen. Ohne die Einbringung eines entsprechenden Antrags wäre keine Entwicklung in eine bestimmte Richtung angestoßen worden.

Frau Schwebs führte aus, dass viele Kommunen finanziell schlecht ausgestattet seien. Sie verwies darauf, dass die Gemeinde einen gesetzlichen Finanzierungsanteil von 40 % zu tragen habe, was maßgeblich zum bestehenden Defizit beitrage.

Sie widersprach der Darstellung, dass die Kindertagesstätten ursächlich für die angespannte finanzielle Lage der Gemeinde seien. Zudem merkte sie an, dass über einen Zeitraum von mehr als einem Jahr keine Entgeltverhandlungen durch die Verwaltung geführt worden seien.

Beschluss-Nr. 31-2/2026

Der Hauptausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung Satow folgenden Beschluss:

Die Gemeindevertretung Satow beschließt in der Sitzung vom 26.03.2026, die gemeindeeigenen Kindertagesstätten an freie Träger zu übertragen.

Die Verwaltung wird beauftragt, ein entsprechendes Verfahren vorzubereiten und der Gemeindevertretung zur Entscheidung vorzulegen.

mehrheitlich abgelehnt

Ja 3 Nein 3 Enthaltung 3

Aus der Diskussion in der letzten Gemeindevertretersitzung zu Vorbereitungsmöglichkeiten auf die Sitzung mit Grundlage des Protokolls der vorangegangenen Sitzung heraus, stellt die Freie Wählergruppe Satow den Antrag, die Geschäftsordnung folgend zu ändern, damit die Vorbereitungszeit mit Protokoll genau definiert ist. Weiter wird angefügt, dass die Protokolle zu den Ausschusssitzungen adäquat zu den Protokollen zur Gemeindevertretung zu behandeln sind. In der derzeitigen Fassung der Geschäftsordnung ist dies folgend geregelt:

§13 Satz (2)

Die Sitzungsniederschrift ist von dem Vorsitzenden und von dem Schriftführer zu unterzeichnen und soll innerhalb von 14 Tagen, spätestens zur nächsten Sitzung den Mitgliedern der Gemeindevertretung vorliegen.

Die Umsetzung des Antrages sollte, lt. Freie Wählergruppe Satow, das Verschieben von Beschlüssen zur Protokollkontrolle dann auch nicht mehr nötig sein, da jeder Gemeindevertreter ausreichend Möglichkeit hat, sich das Protokoll zu erarbeiten.

Der entsprechende Antrag der Freien Wähler ist als Beschlussvorschlag beigelegt.

Anmerkung der Verwaltung:

Im Rahmen der Beratung wurde angeregt, die Geschäftsordnung in wesentlichen Punkten zu ändern und diese Änderungen öffentlich bekannt zu machen.

Aus Sicht der Verwaltung ist zunächst von Bedeutung zu prüfen, ob es sich hierbei tatsächlich um eine wesentliche Änderung im Sinne der maßgeblichen kommunalrechtlichen Vorschriften handelt und somit eine entsprechende formelle Anpassung sowie öffentliche Bekanntmachung erforderlich ist.

Unabhängig davon verfolgt die Verwaltung das Ziel, die Niederschriften der Sitzungen nach Durchführung der jeweiligen Sitzung zu erstellen und den Mitgliedern der Gremien zur Verfügung zu stellen, um eine höhere Transparenz, eine verbesserte Nachvollziehbarkeit der Beratungen sowie eine effizientere Vorbereitung der nachfolgenden Sitzungen gewährleisten zu können.

Die Verwaltung regt an die Gemeindevertretung, im Rahmen der Beschlussfassung zu entscheiden, ob eine formelle Änderung der Geschäftsordnung erfolgen soll oder ob eine organisatorische Verfahrensanpassung ausreichend ist.

Herr Russnak fragte, wie in dem Fall zu verfahren sei, wenn die Protokollantin krankheitsbedingt ausfalle und Fristen nicht eingehalten werden können. Er merkte an, dass entsprechende Verzögerungen bislang nicht häufig vorgekommen seien.

Herr Holtzhaußen schloss sich der Auffassung von Herrn Burmeister an, dass die Regelung in der Geschäftsordnung bislang nicht eindeutig sei. Er sprach sich dafür aus, eine klare Frist von 14 Tagen in der Geschäftsordnung festzulegen, wies jedoch zugleich darauf hin, dass es stets unvorhersehbare Ausnahmen geben könne.

Beschluss-Nr. 32-2/2026

Der Hauptausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung Satow folgenden Beschluss:
Die Gemeindevertretung der Gemeinde Satow beschließt folgende Änderung der Geschäftsordnung:

„Die Sitzungsniederschrift ist von dem Vorsitzenden und von dem Schriftführer zu unterzeichnen und soll innerhalb von 14 Tagen nach der Sitzung, spätestens jedoch 14 Tage vor der nächsten Sitzung den Mitgliedern der Gemeindevertretung vorliegen.“

mehrheitlich beschlossen

Ja 5 Nein 2 Enthaltung 2

TOP 7

Antrag auf Nutzung der Mehrzweckhalle
Vorlage: BV/0319/2026

BV/0319/2026

Die Interessengemeinschaft der Rassegeflügelzüchter hat am 19.01.2026 die Nutzung der Mehrzweckhalle für den 19.11.2026 bis zum 21.11.2026 beantragt.

In diesem Zeitraum soll die Kreisrassegeflügelschau in der Mehrzweckhalle stattfinden.

Die Mehrzweckhalle muss für diese Zwecke ausgelegt werden, sodass am Donnerstag und Freitag und zum Teil Montag kein Schul- und Vereinssport stattfinden kann.

Herr Russnak erkundigte sich, ob die Veranstaltung im Gebäude „alter REWE“ durchgeführt werden könne.

Frau Schwebs erklärte, dass für die Anmietung des Gebäudes „alter REWE“ ein Mietpreis in Höhe von 250 € als angemessen erachtet werde.

Herr Liehr führte aus, dass derartige Veranstaltungen nur noch selten stattfinden. Er betonte die Bedeutung der Außenwirkung solcher Veranstaltungen für die Gemeinde. Zudem verwies er darauf, dass die Mehrzweckhalle mit Fördermitteln des Ministeriums errichtet wurde und ihrem Zweck entsprechend genutzt werden sollte. Er sprach sich dafür aus, dem Antrag stattzugeben.

Herr Burmeister berichtete, dass im Sozialausschuss mitgeteilt worden sei, dass 96 Stunden Schulsport ausgefallen seien, da die Mehrzweckhalle anderweitig genutzt wurde. Er wies darauf hin, dass Schulsport eine Pflichtaufgabe darstelle. Sofern eine Alternative zur Mehrzweckhalle zur Verfügung stehe, sei diese vorzuziehen, zumal das Gebäude „alter REWE“ zentral gelegen sei, über Parkmöglichkeiten verfüge und der organisatorische Aufwand geringer sei.

Frau Schwebs stellte daraufhin einen Änderungsantrag, der Interessengemeinschaft der Rassegeflügelzüchter grundsätzlich die Durchführung der Geflügelschau zuzusagen und hierfür das Gebäude „alter REWE“ als Ersatzstandort anzubieten.

Beschluss-Nr. 33-2/2026

Der Hauptausschuss beschließt, dem Beschlussvorschlag dahingehend zu ergänzen, dass der Interessengemeinschaft der Rassegeflügelzüchter die Durchführung der Geflügelschau zu ermöglichen und hierfür das Gebäude „alter REWE“ als Ersatzstandort anzubieten.

einstimmig beschlossen

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

Beschluss-Nr. 34-2/2026

Der Hauptausschuss beschließt, dem Antrag auf Nutzung der Mehrzweckhalle zuzustimmen und der Interessengemeinschaft der Rassegeflügelzüchter für die Durchführung der Geflügelschau alternativ das Gebäude „alter REWE“ als Ersatzstandort anzubieten.

einstimmig beschlossen

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

TOP 8	Antrag auf ermäßigte Jahrespauschale für das Gemeindehaus Hanstorf Vorlage: TV/0050/2026	TV/0050/2026
--------------	--	---------------------

TOP 8 wird nach Abstimmung entfernt.

TOP 9	Beratung und Beschlussfassung über die Annahme von Spenden (100,00 € bis 1000,00 €) Vorlage: BV/0322/2026	BV/0322/2026
--------------	---	---------------------

Die Einnahme von Spenden muss, gemäß § 44 Abs. 4 der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern, ab einem Wert von 100 EUR bis 1.000 EUR durch den Hauptausschuss bestätigt werden.

Beschluss-Nr. 35-2/2026

Der Hauptausschuss der Gemeinde Satow beschließt der Annahme der Spende in Höhe von 500,00 EUR (durch Herrn Olaf Rockel) für die Jugendfeuerwehr Hanstorf zuzustimmen.

einstimmig beschlossen

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

TOP 10	Beratung und Beschlussfassung zur Vergabe einer Bauleistung "Ersatzneubau Kindertagesstätte Radegast Los 10- Trockenbau" Vorlage: SGL/0071/2025	SGL/0071/2025
---------------	---	----------------------

TOP 10 wird nach Abstimmung entfernt.

TOP 11	Beratung und Beschlussfassung über die Ersatzbeschaffung eines Mehrzweckgeräteträgers Vorlage: SGL/0077/2026	SGL/0077/2026
---------------	--	----------------------

Das derzeit im Einsatz befindliche Fahrzeug hat seine maximale Laufleistung erreicht und weist im täglichen Betrieb eine zunehmend geringe Zuverlässigkeit auf. Eine wirtschaftliche Unterhaltung des Fahrzeugs ist daher nicht mehr gegeben.

Zur Erlangung der nächsten Hauptuntersuchung (HU) wären umfangreiche Reparaturmaßnahmen erforderlich. Nach Einschätzung der Werksvertretung belaufen sich die hierfür notwendigen Kosten auf rund 10.000 EUR. Dieser Betrag übersteigt den aktuell geschätzten Restwert des Fahrzeugs, sodass eine Instandsetzung aus wirtschaftlicher Sicht nicht mehr vertretbar ist.

Eine planmäßige Ersatzbeschaffung des Fahrzeugs war ursprünglich als Leasingfinanzierung im Haushaltsjahr 2025 vorgesehen. Aufgrund der verspäteten Haushaltsgenehmigung im Jahr 2025 sowie der angespannten Haushaltslage musste die Maßnahme jedoch zunächst verschoben werden.

Die derzeitigen Lieferzeiten für einen Mehrzweckgeräteträger dieser Bauart liegen aktuell zwischen vier und sieben Monaten. Um die Einsatzfähigkeit im täglichen Betrieb weiterhin sicherzustellen, besteht daher kurzfristiger Handlungsbedarf.

Zur Beschleunigung des Verfahrens wurde bereits eine Ausschreibung zur Neubeschaffung eines Mehrzweckgeräteträgers vorbereitet. Aufgrund der beschriebenen Situation ist eine zeitnahe Entscheidung über die Ersatzbeschaffung erforderlich.

Beschluss-Nr. 36-2/2026

Der Hauptausschuss der Gemeinde Satow beschließt die Neuanschaffung eines Mehrzweckgeräteträgers in Form einer Leasingfinanzierung.

Die Bürgermeisterin wird beauftragt, die Ersatzbeschaffung im Rahmen der im Haushalt 2026 eingeplanten Haushaltsmittel durchzuführen und den Auftrag nach Durchführung des Vergabeverfahrens an den wirtschaftlichsten Anbieter zu vergeben

einstimmig beschlossen

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

TOP 12	Beratung und Beschlussfassung über die Neubeschaffung eines zweiten Geräteträgers für den Bauhof Vorlage: SGL/0078/2026	SGL/0078/2026
-------------------	--	----------------------

Das bestehende Leasingverhältnis für den Unimog-Geräteträger endet im Januar 2027. Vor diesem Hintergrund ist eine Ersatzbeschaffung vorgesehen. Diese soll erneut im Rahmen eines Leasingvertrages mit einer Laufzeit von 60 Monaten erfolgen. Die Ausschreibung wird gemäß VOL/A durchgeführt.

Im Rahmen einer Markterkundung wurde festgestellt, dass bei einer Ersatzbeschaffung derzeit Lieferzeiten von etwa neun Monaten zu berücksichtigen sind. Aus diesem Grund ist vorgesehen, beim derzeitigen Leasingpartner ein aktuelles Leasingangebot einzuholen. Dieses Angebot soll auf Grundlage einer Leistungsbeschreibung erfolgen, die sich am derzeit eingesetzten Modell orientiert.

In den vergangenen Jahren ist die Gemeinde Satow deutlich gewachsen. Damit einhergehend hat sich auch der Aufgabenumfang des Bauhofes erweitert. Das im aktuellen Leasingzeitraum eingesetzte Fahrzeug hat sich im praktischen Einsatz bewährt und ist für die Erledigung der vielfältigen Bauhofaufgaben erforderlich.

Aus diesem Grund ist vorgesehen, zur Sicherstellung der Aufgabenerfüllung einen Geräteträger mit verschiedenen Anbaugeräten für einen Zeitraum von 60 Monaten zu leasen.

Beschluss-Nr. 37-2/2026

Der Hauptausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung Satow folgenden Beschluss:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Satow beschließt die Neuanschaffung eines Geräteträgers mit verschiedenen Anbaugeräten für den Bauhof in Form einer Leasingfinanzierung mit einer Laufzeit von 60 Monaten.

Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechende Ausschreibung gemäß VOL/A durchzuführen und den Leasingvertrag nach Auswertung der Angebote mit dem wirtschaftlichsten Anbieter abzuschließen.

einstimmig beschlossen

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

TOP 14	Anpassung der Entgeltordnung für die Nutzung der Spliterräume der Gemeinde Satow Vorlage: SGL/0080/2026	SGL/0080/2026
-------------------	---	----------------------

TOP 14 wird nach Abstimmung entfernt.

TOP 15	Anpassung Entgeltordnung Sporthalle Hohen Luckow Vorlage: SGL/0081/2026	SGL/0081/2026
-------------------	---	----------------------

TOP 15 wird nach Abstimmung entfernt.

TOP 16	Verschiedenes	
---------------	----------------------	--

Keine Wortmeldungen

TOP 17	Schließen der Sitzung des öffentlichen Teils	
---------------	---	--

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Ende des öffentlichen Teils der Beratung: 19:53 Uhr

Genehmigt und wie folgt unterschrieben.

Bettina de Oliveira-Arndt
Vorsitzende des Hauptausschusses

Protokollant

Satow, 25.03.2026